

Berlin 2004 – 2014

Eine Wachstumsinitiative

Monitoring 2005

(Stand: 13.02.2006)

Vereinigung der Unternehmensverbände
in Berlin und Brandenburg e.V. 

Berlin 
Senatsverwaltung für
Wirtschaft, Arbeit und Frauen

 **IHK** Berlin


BAUINDUSTRIEVERBAND
BERLIN-BRANDENBURG


Handwerkskammer BERLIN

 Investitionsbank
Berlin


Berlin
Partner

Monitoring 2005

Am 21. Juni 2004 haben die Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e.V. (UVB), die Industrie- und Handelskammer Berlin, die Handwerkskammer Berlin sowie der Bauindustrieverband Berlin-Brandenburg e.V. gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen die Wachstumsinitiative „Berlin 2004-2014“ vereinbart. Diese Initiative wird von der Investitionsbank Berlin (IBB) sowie der früheren Wirtschaftsförderung Berlin International GmbH (WFBI) und heutigen Berlin Partner GmbH unterstützt.

Im Rahmen dieser Initiative wurden verschiedene Wachstumspotentiale Berlins herausgearbeitet. Um die Potentiale in den kommenden Jahren effektiv zu nutzen und weiter zu entwickeln, haben sich Wirtschaft und Politik auf eine enge Partnerschaft und Kooperation verständigt. Inhalt der Partnerschaft ist die Verständigung auf geeignete Rahmenbedingungen, die das Wachstum in diesen Feldern ermöglichen, sowie die Entwicklung konkreter Projekte und Maßnahmen, mit denen die Unternehmen der Stadt in die Lage versetzt werden sollen, an diesem Wachstum zu partizipieren.

Zur Konkretisierung ihres Arbeitsprogramms haben die Partner am 03.12.2004 bzw. am 18.05.2005 die Papiere „Mittel- und Osteuropa: Eine Wachstumschance für Berlin“ sowie „Wirtschaft und Politik für Tourismus in der Hauptstadtregion Berlin“ vorgelegt. Am 21.11.2005 folgte das Positionspapier „Flughafen Berlin Brandenburg International (BBI) - Wachstumschance für die Region“.

Die Partner der Wachstumsinitiative haben ein jährliches Monitoring vereinbart. Das vorliegende Monitoring 2005 zieht Bilanz nach gut einem Jahr, gibt einen ersten Überblick über das Erreichte und stellt die zukünftigen Prioritäten heraus.

Berlin, 22. Februar 2006

1. Wachstumschance: Mittel- und Osteuropa

Formulierte Zielsetzung:

Durch die EU-Erweiterung am 01.05.2004 ist die Hauptstadtregion wieder in das geografische Zentrum von Europa gerückt. Die neuen Absatzmärkte in Mittel- und Osteuropa tragen zur Verbesserung der Perspektiven des Wirtschaftsstandortes Berlin bei.

Um von den Marktchancen in Mittel- und Osteuropa profitieren zu können sind neben speziellen Instrumenten zur Mittelstandsfinanzierung vor allem weitere Hilfestellungen zum internationalen Marktzugang, wie z.B. bei der Erstellung der zugrunde liegenden Geschäftspläne, für die Unternehmen in der Region zu entwickeln.

Um darüber hinaus am wirtschaftlichen Nachholbedarf der MOE-Länder zu partizipieren und gleichzeitig auf die zunehmenden grenzüberschreitenden Güterverkehre vorbereitet zu sein, ist u.a. ein Ausbau der grenzüberschreitenden Verkehrswege und Grenzübergänge erforderlich.

Mit Blick auf die neuen EU-Mitgliedsstaaten in Mittel- und Osteuropa sind auch im Bereich der Hochschulen und Forschungseinrichtungen grenzüberschreitende Kooperationen zu fördern.

Bilanz:

Die Partner der Wachstumsinitiative haben am 03.12.2004 das Papier „Mittel- und Osteuropa: Eine Wachstumschance für Berlin“ vorgelegt, in dem sie als besondere Handlungsfelder und Ziele definieren und konkretisieren:

- Unterstützung der Berliner Unternehmen bei der Markterschließung
- Schaffung eines grenzüberschreitenden Verbundes Oderregion und Stärkung grenzüberschreitender Kooperationen
- Intensivierung der Berliner Akquisitionsaktivitäten in MOE
- Verbesserung der Verkehrswege

In diesem Zusammenhang wurden folgende Projekte realisiert:

- Start des Projektes „Planvoll ins Ausland!“ am 02.05.2005, mit dem Berliner Unternehmen mit Hilfe verschiedener Bausteine gründlich auf ein wirtschaftliches Engagement in MOE vorbereitet und bei der Entwicklung von tragfähigen Geschäftsplänen unterstützt werden.
- Offizieller Start des Unternehmernetzwerkes Europa am 03.05.2005, das als Türöffner für kleinere Unternehmen, die den europäischen Markt erschließen wollen, fungieren soll, indem sie auf bestehende Kontakte von Firmen in Mittel- und Osteuropa zurückgreifen können.
- Initiierung des Projektes TEICO-Net (Technology, Enterprise, Innovation, Cooperation – Network), in dem technologieorientierte Berliner Unternehmen bei der Erschließung neuer Märkte, Identifizierung von verlässlichen Partnern und der Initiierung von grenzübergreifenden Kooperationsprojekten unterstützt werden.
- Einführung der Finanzierungsberatung Ausland, bei der Unternehmen, die Investitionsprojekte in MOE durchführen möchten, bei Finanzierungsfragen durch die IBB beraten werden.
- Einheitliche Kommunikation der MOE-Angebote für Unternehmen in einem Folder mit Bezug auf die Wachstumsinitiative.
- Steuerung des trinationalen IHK-Netzwerkes „Kammerunion Elbe/Oder“ von Berlin aus. Verlagerung des Generalsekretariats von der HK Hamburg an die IHK Berlin.
- Koordination eine EU-Informationskampagne zu den unternehmerischen Chancen im Wirtschafttraum zwischen Elbe und Oder. Erste offizielle Veranstaltung von insgesamt 16 für KMUs am 23.06.2005.
- Abschluss von zwei Vereinbarungen zwischen dem Regionalen Bauverband Kaluga (Russland)/ Kommunal- und Bautechnikum Kaluga (Russland) und dem Bauindustrieverband Berlin-Brandenburg e.V. über die Zusammenarbeit in den Bereichen Investitionen, Wissenschaft, Technologie und Innovationen im Bauwesen sowie im Bereich Aus- und Weiterbildung im Juni 2005.
- Regelmäßige Treffen im Rahmen des Trilateralen Arbeitsprogramms der Verwaltungen.

- Gemeinsame Reise von Senator Wolf und Minister Junghanns zu den Messen in Posen und Breslau.
- Senatsbeschluss zu den „Interessen des Landes Berlin in der Oderregion“ vom 15.11.2005.
- Vorbereitung der Vereinbarung einer regionalen Kooperation zwischen den Städten Berlin und Breslau bei einer Bewerbung Breslaus als Standort des von der Europäischen Kommission erwogenen „European Institute of Technology“ (EIT).

Weitere Prioritäten:

- Weiterentwicklung des Instrumentariums zur Finanzierung von Auslandsaktivitäten Berliner Unternehmen. In diesem Zusammenhang ist zu prüfen, inwieweit Kreditprogramme auf Basis überregionaler Fonds mit Mitteln der Europäischen Investitionsbank ausgestattet und mit einer Rückbürgschaft des Europäischen Investitionsfonds abgesichert werden können.
- Ausrichtung einer Konferenz „Oder-Region“ im April 2006 zur Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den deutschen und polnischen Partnern in der Oder-Region. Aufträge zur Vorbereitung der Konferenz und zur Auswertung vorhandener Studien zur Oder-Region als Wirtschaftsstandort wurden ausgereicht.
- In diesem Zusammenhang Weiterentwicklung der aus dem Projekt TEICONET gewonnenen Ergebnisse hinsichtlich grenzüberschreitender KMU-Förderung und Entwicklung entsprechender Finanzierungsinstrumente sowie hinsichtlich politischer Strategien zur Förderung der Internationalisierung von KMU.
- Weiterverfolgung des See-/ Binnenhafenprojektes „REGIPOINT“.

2. Wachstumschance: Tourismus

Formulierte Zielsetzung:

Berlin hat ein einmaliges Angebot an Kunst und Kultur anzubieten, das jährlich zahlreiche Touristen in die Stadt lockt. Der Tourismus ist bereits heute ein wichtiger Wirtschaftsfaktor Berlins, der weiter an Bedeutung gewinnen wird und die Kaufkraft in der Region stärken sowie den Einzelhandel beleben wird. Berlin muss für seine

Gäste die touristischen Infrastruktur (Hotels, Gastronomie) stärken und für ein positives Klima in der Stadt sorgen.

Bilanz:

Die Partner der Wachstumsinitiative haben am 18.05.2005 das Papier „Wirtschaft und Politik für Tourismus in der Hauptstadtregion Berlin“ vorgelegt, in dem sie als besondere Aktionsschwerpunkte definieren:

- Berlin als Messe- und Kongressstandort
- Infrastruktur für den Tourismus
- Kultur, Sport und Events
- Wassertourismus
- Service- und Qualitätsoffensiven
- Berlin als Einkaufsmetropole

Im zurückliegenden Jahr wurden erreicht bzw. in Planung sind:

- Messe und Kongressförderung: Zuwendung der IBB an die BTM über 500.000 Euro wurde am 12. Mai 2005 erteilt.
- Kongress „Meeting Place Berlin“ wurde im Juni 2005 durchgeführt.
- Ständige Qualifizierung des Internetauftritts meet-in-berlin.de.
- Touristische Wegweisung sollte bis Ende 2005 in ganz Berlin umgesetzt sein. Schilder wurden bisher in den Bezirken Mitte, Charlottenburg-Wilmersdorf und Friedrichshain-Kreuzberg installiert.
- Etablierung von zwei kommerziell funktionierenden Ticket-Systemen für den Verkauf von Kulturangeboten abgeschlossen.
- Bundesweite Vermarktung der „Gelben Welle“, eines Informationssystems auf dem Wasser, über den DTV in die Wege geleitet.
- Schiffsanlegestelle am Bundestag genehmigt.
- Erste Weiterbildungsangebote für das Gastgewerbe konzipiert, u.a. „Beschwerdemanagement im Gastgewerbe“.
- Berliner Tourismuswirtschaft zum Thema Service im Juli 2005 befragt.
- Start des neuen Ausbildungsberufes „Kaufmann/-frau für Freizeit und Tourismus“ im August 2005.

- BusStop Faltplan im August 2005 in 12. Auflage erschienen.
- Erste Veranstaltungen der Zentreninitiative „MittendrIn Berlin“ seit August 2005.
- Shopping Guide im September 2005 in 6. Auflage erschienen.
- Treffen auf Expertenebene zwischen Berlin, Brandenburg und Großpolen.

Weitere Prioritäten:

Die Partner der Wachstumsinitiative sehen u.a. als weitere Prioritäten ihrer gemeinsamen Arbeit:

- Schaffung des Flughafens BBI auch aus touristischen Zwecken.
- Umsetzung Pilzkonzept der Deutschen Bahn, Verbesserung der Bahnanbindung.
- Schaffung von Umsteigemöglichkeiten für Bahn- und Busgäste sowie von Omnibusparkplätzen am Hauptbahnhof.
- Sicherung und weitere Gewinnung von Großveranstaltungen, im Speziellen Vorbereitung der WM 2006.
- Verbesserung von Kulturangeboten für die touristische Vermarktung.
- Qualitätsoffensive für die Tourismuswirtschaft
- Service Stadt Berlin
- Fortführung der Marketing-Kampagne „WinterZauber Berlin“
- Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten

3. Wachstumschance: Flughafen Berlin Brandenburg International

Formulierte Zielsetzung:

Als größtes und wichtigstes Infrastrukturprojekt der Region muss jedoch vor allem der BBI schnellstmöglich realisiert werden.

Bereits heute ist der Luftverkehr ein Wachstumsmotor der Berliner Wirtschaft. Die Zunahme des Passagier- und Frachtaufkommens schafft neue Arbeitsplätze; von ihm gehen wesentliche Impulse auf die Wachstumsbranchen der Stadt wie Tourismus

und Unternehmen der Hochtechnologie aus. Ein neuer Flughafen BBI trägt aber nicht nur entscheidend zur weiteren Qualifizierung des Wirtschaftsstandortes Berlin-Brandenburg bei, sondern hat auch positive Auswirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung in den neuen Bundesländern und könnte darüber hinaus zur Stärkung der Position Deutschlands im Weltluftverkehr beitragen. Für die verstärkte Vernetzung der Region Berlin-Brandenburg mit mittel- und osteuropäischen Metropolen sowie dem asiatischen Markt ist für die Einrichtung entsprechender Direktflug-Verbindungen wie beispielsweise zum asiatischen Drehkreuz Hongkong zu werben. Auch muss der BBI mit einem leistungsfähigen Bahnhof unter dem neuen Terminal und einer schnellen Schienenanbindung an die Metropole Berlin angeschlossen werden.

Bilanz und weitere Prioritäten:

Die Partner der Wachstumsinitiative haben am 21.11.2005 das Papier „Flughafen Berlin Brandenburg International (BBI) - Wachstumschance für die Region“ vorgelegt, in dem sie als besondere Handlungsfelder und Ziele definieren und konkretisieren:

- Eine schnelle Umsetzung des Vorhabens sicherstellen.
- Den BBI als Verkehrsdrehscheibe und innovatives Flughafen-Projekt verstehen.
- Eine gute Erreichbarkeit durch optimale Anbindung über Schiene und Straße von Anfang an realisieren.
- Den mittelständischen Unternehmen der Region bei den Bauausschreibungen eine Chance geben.
- Den Berliner Luftverkehr auch in der Übergangszeit - bis zur Inbetriebnahme des BBI - weiter entwickeln.

Für das Jahr 2005 sind folgende Entwicklungen zu verzeichnen:

- Aufnahme Direktflugverbindung Berlin - New York
- Aufnahme Direktflugverbindung Berlin - Qatar
- Direktflugverbindungen nach China im Gespräch

- Beim Ausbau des Flughafen Schönefelds zum Flughafen Berlin-Brandenburg-International (BBI) ist es durch einen Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts, bei dem es um die Sofortvollziehbarkeit des Planfeststellungsbeschlusses ging, zu einer Verzögerung gekommen. Letztendliche Klarheit über dieses Projekt wird es erst mit der endgültigen Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes zum Planfeststellungsbeschluss im ersten Halbjahr 2006 geben.

4. Weitere Ergebnisse/ Entwicklungen

4.1. Zielgenaue Betreuung/ Förderung der ansässigen Unternehmen

Formulierte Zielsetzung:

Ziel des Landes und seiner Partnereinrichtungen ist es, die ansässigen Unternehmen zielgenau zu betreuen und zu fördern, um ihren Verbleib am Standort Berlin zu sichern.

Bilanz:

- Erste wichtige Schritte wurden bereits durch die Umsetzung des Projekts „Schaffung einer One Stop Agency“ für am Wirtschaftsstandort interessierte Unternehmerinnen und Unternehmer sowie die Ausgründung der IBB aus der LBB und deren Umbau zur Förderbank des Landes getan.
- Die Berlin Partner GmbH ist seit 01.07.2005 die zentrale Anlaufstelle für Investoren in Berlin und unterstützt die ansässigen Unternehmen bei ihren außenwirtschaftlichen Aktivitäten.
- Auf Senatsebene leistet die ZAK als zentrale Anlauf- und Koordinierungsstelle für Unternehmen Erstberatung, vermittelt die richtigen Ansprechpartner in der Berliner Verwaltung und ist bei allen Arten von Genehmigungsverfahren und -problemen behilflich. Darüber hinaus ist die ZAK auch projektbegleitend tätig, um im Dialog mit den maßgeblichen Akteuren Verfahren zu beschleunigen und Konflikte zu lösen.
- Als umfassende Informationsplattform im Internet unter www.blc.berlin.de sowie in einem Show-Room der Berlin Partner GmbH hat sich das Business Location Center Berlin-Brandenburg bewährt. Neben flächenbezogenen Daten, einem 3D Stadtmodell und einer Vielzahl von fundierten Informationen über die Hauptstadt, das wirtschaftliche und soziale Leben in der Stadt, dient diese Plattform den Akquise- und Beratungsprozessen der Wirtschaftsförderung und unterstützt die Vermarktung der Region Berlin-Brandenburg.
- Die Investitionsbank Berlin agiert seit 01.09.2004 als eigenständige Förderbank des Landes und bietet ein auf die mittelständische Struktur Berlins abgestimmtes Produktangebot. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der

Förderung technologieorientierter Unternehmen in den Berliner Kompetenzfeldern.

Weitere Prioritäten:

- Umsetzung von Masterplänen für die Kompetenzfelder Biotechnologie, Medizintechnik, Verkehrstechnik, Optische Technologien, Informations- und Kommunikationstechnik und Gesundheitsregion Berlin.
- Evaluation der bisherigen Neuorganisation der Wirtschaftsförderung im Hinblick auf eine klare Aufgabenabgrenzung und effektive Formen der Zusammenarbeit der bestehenden Einrichtungen.
- Verbesserung der Abstimmung bei der Betreuung der Berliner Unternehmen, Entwicklung einer gemeinsamen Strategie aller mit der Bestandspflege beauftragten Einrichtungen.
- Regelmäßiger und zielgerichteter Dialog mit den ansässigen Unternehmen – auch mit dem Ziel, gemeinsam für ein positives Image des Standortes zu wirken (z.B. im Rahmen des Industriedialoges).
- Verstärkte Vernetzung der Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen mit den Kompetenzfeldern/ Clustern des Landes.
- Prüfung und laufende Evaluierung der Konzepte zur Wirtschafts- und Innovationsförderung.

4.2. Verwaltungsmodernisierung/ Haushalt

Formulierte Zielsetzung:

Um im verstärkten nationalen und internationalen Standortwettbewerb der Wirtschaftsregionen bestehen zu können, bedarf es der Fortsetzung und Verstärkung der mit Beginn der laufenden Legislaturperiode vom Senat gestarteten Verwaltungsmodernisierungsinitiative. Vorrangiges Ziel ist es, den rechtlichen Rahmen für die Ausübung von Gewerbetätigkeit so wirtschaftsfreundlich wie möglich zu gestalten und die Berliner Verwaltung zu einem positiven Standortfaktor für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung Berlins zu machen. Dazu gehört ein aufgabenkritischer Entbürokratisierungs- und Deregulierungsprozess, eine spürbare Qualitätssteigerung bei der Erbringung und deutlich sinkende Kosten für die Inanspruchnahme von Verwaltungsleistungen und eine Angebotsstruktur, die die Dienstleistungen der Verwaltung in den Wettbewerb stellt. Der Senat ist aufgerufen, Steuern und Abgaben im nationalen und internationalen Benchmark wettbewerbsfähig zu halten. Um den Wirtschaftsstandort zu stärken und privates Kapital zu akquirieren, ist die Privatisierung landeseigener Unternehmen ein geeignetes Mittel.

Die Fortsetzung der Haushaltskonsolidierung ist ein wichtiges Ziel zur Steigerung der Handlungsfähigkeit des Senats. Primäreinnahmen und Primärausgaben sind in Deckung zu bringen. Die beiden großen Ausgabenposten Personal und Soziales müssen dabei besonders kritisch hinterfragt werden. Die finanziellen Mittel für die gewerbliche Investitionsförderung dürfen hingegen nicht weiter gekürzt werden. Angesichts der Finanzlage des Landes muss es das Ziel sein, die Investitionsausgaben zu verstetigen. Die jetzige Finanzplanung sieht bis 2009 ein Absinken der Investitionsausgaben vor. Die Wirtschaftsförderung muss verstärkt auf die Wachstumspotentiale ausgerichtet werden. Die selbständige Investitionsbank muss als neues Instrument der Wirtschaftsförderung entwickelt werden. Die Rahmenbedingungen für private Investitionen müssen verbessert werden. Wegen der verschärften Konkurrenzsituation zu den Beitrittsstaaten in Mittel- und Osteuropa bleibt eine attraktive Investitionsförderung in der Region auch in den nächsten Jahren außerordentlich wichtig. Eine Kürzung der Förderung würde ganz besonders

das Verarbeitende Gewerbe treffen und somit den Motor für den Aufbau Ost schwächen.

Bilanz:

- Erste Schritte in die Richtung spürbarer Bürokratieabbau und nachhaltige Deregulierung sind von Seiten des Senats erfolgt:
 - o 1. Gesetz zur Rechtsvereinfachung (Aufhebung/ Vereinfachung von 15 Gesetzen und VO; in Kraft seit 01.01.04; z.B. Aufhebung der VO über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum und Wegfall der Sicherheitsüberprüfung für bereits vom Bund überprüfte Unternehmen).
 - o 2. Gesetz zur Rechtsvereinfachung und Entbürokratisierung vom 14.12.2005 (z.B. im Berliner Straßenrecht Rechtsanspruch auf Sondernutzung, feste Entscheidungsfristen mit Genehmigungsfiktion nach Fristablauf, Wegfall von Doppelgenehmigungen, Erleichterungen in der Gaststättenverordnung mit Reduzierung der baulichen Vorgaben für Schank- und Speisewirtschaften).
 - o Neue Landesbauordnung in Kraft ab 01.02.2006.
 - o Einrichtung einer Projektgruppe mit den Bezirken zur Stärkung der bezirklichen Wirtschaftsförderung.
 - o Einrichtung Hotweb zum Bürokratieabbau.
 - o Teilnahme an dem Projekt des Ministeriums für Wirtschaft und Technologie „Innovationsregionen“ (Vorstellung der 10 Vorschläge zum Bürokratieabbau auf Bundesebene am 16.09.2005).

- Entwicklung Haushalt: Negativsaldo zwischen Einnahmen und Ausgaben konnte 2005 reduziert werden, Primärsaldo in 2007 erstmalig positiv erwartet.
- Finanzielle Mittel für die gewerbliche Investitionsförderung in den Jahren 2005/2006 stabil.
- Die Finanzplanung 2005-2009 des Senats sieht fallende Investitionsausgaben sowie eine fallende Investitionsquote vor. Die Ausgaben sinken von 1,872 Mrd. Euro im Jahr 2005 auf 1,620 Mrd. Euro im Jahr 2009. Die Investitionsquote sinkt in diesem Zeitraum von 9,0 % auf 8,0 %. Hierbei ist für den Doppelhaushalt 2006/2007 eine Reduzierung der Zuschüsse an die BVG von jährlich 200 Mio. Euro zu berücksichtigen.

- Reduziert man die gesamten Investitionsausgaben um Darlehen und Beteiligungen, hierzu zählen z.B. die Zuschüsse an die BVG, erhält man die „reinen Investitionen“. Die „reinen Investitionen“, d.h. die Investitionsausgaben für Baumaßnahmen, Infrastrukturmaßnahmen, den Erwerb für bewegliche und unbewegliche Sachen sowie Zuschüsse für Investitionen in anderen Bereichen, liegen im Zeitraum 2005 bis 2009 zwischen 1,002 Mrd. Euro und 1,144 Mrd. Euro. Ihr Anteil an den Gesamtausgaben beträgt in dem Zeitraum zwischen 5,0 % und 5,5 %.
- Stabile Grund- und Gewerbesteuersätze konnten gesichert werden.
- Eine gewerbefreundliche Regelung des Wasser-Tarifsystems steht weiterhin aus. Anstieg der Wasserpreise zum 01.01.2006 um 2,3 %.
- Die zukünftige Strukturförderung Berlins (Zielgebiete, beihilferechtliche Regelung) durch die EU ist noch nicht abschließend geklärt und wird zügig kooperativ weiterverfolgt.

Weitere Prioritäten:

Die Partner der Wachstumsinitiative verfolgen u.a. als weitere Prioritäten:

- Einführung eines Wettbewerbs, in dem die Bezirke und die Wirtschaft aufgerufen werden, Vorschläge zur Veränderung von Verfahren in der Verwaltung sowie Best-Practice-Beispiele bei SenWAF einzureichen.
- Umsetzung von weiteren Vorschlägen des Senats und der Wirtschaft zum Bürokratieabbau.
- Aufgabenkritische Durchforstung der von Berlin wahrgenommenen öffentlichen Aufgaben – Konzentration des Staates auf seine Kernaufgaben.
- Umsetzung übertragbarer Ergebnisse des Pilotprojektes mit Friedrichshain-Kreuzberg „Unternehmerfreundliches Handeln“ auf Landesebene.
- Trotz der Finanzlage des Landes muss es das Ziel sein, die Investitionsausgaben und deren Anteil insbesondere für „reine Investitionen“ zu erhöhen oder zumindest zu verstetigen.

- Fortschritte in der elektronischen Auskunftserteilung und teilweise bei der Antragstellung (Gewerbedatenbank online, weitere e-Government-Maßnahmen, z.B. e-Vergabe, Telekommunikationsatlas, Wissensportal).
- Einführung einer gewerbefreundlichen Regelung des Wasser-Tarifsystems. aus Grund- und staffelbaren Arbeitspreisen.

4.3. Verkehr

Formulierte Zielsetzung:

Mobilität und das Vorhandensein einer gut ausgebauten Infrastruktur ist die Voraussetzung für Wachstum. In einem erweiterten Europa und in einer weiter internationalisierten Welt sind geeignete Vorkehrungen im Bereich der Infrastruktur zu treffen, um im Standortwettbewerb zu bestehen und den heimischen Unternehmen die Möglichkeit zu eröffnen, an den steigenden Waren- und Güterverkehren ohne Einschränkung teilzuhaben. Insbesondere ist die Verbesserung der grenzüberschreitenden Infrastruktur nach Polen von entscheidender Bedeutung für die Region.

Um dem wachsenden Verkehrsaufkommen in der Region gerecht zu werden muss auch der Ausbau der Autobahnen in Berlin und der Region bedarfsgerecht angepasst werden. Dazu gehören unter anderem der Ausbau der A 24 zwischen Berlin und Hamburg und der Weiterbau der A 100 in einem ersten Schritt bis zum Treptower Park, wie es im Bundesverkehrswegeplan vorgesehen ist.

Die Infrastruktur der Metropolenregion ist insgesamt als Ganzes zu betrachten und zu stärken. Hierzu zählt insbesondere auch eine Anpassung der verkehrlichen Infrastruktur mit Blick auf das steigende Verkehrsaufkommen durch Berufspendler.

Bilanz:

- Das mit über 4 Mio. € vom Bundesforschungsministerium geförderte Verkehrslenkungsprojekt "iQ mobility – integriertes Qualitäts- und Mobilitätsmanagement im straßengebundenen Verkehr der Region Berlin-Brandenburg" ist ein großer Erfolg für die Region. Das gemeinsam mit 11 Partnern aus Industrie und Verwaltung initiierte Vorhaben hat zum Ziel, Verkehrsströme in den Städten intelligent und vorausschauend zu lenken.
- Lehrter Stadtbahnhof als neuer Berliner "Hauptbahnhof" liegt voll im Zeitplan und wird rechtzeitig zur Fußballweltmeisterschaft im Juni 2006 den Betrieb aufnehmen.
- Aufnahme der B 246 bei Eisenhüttenstadt als grenzüberschreitende Straßenverbindung zu Polen mit einem Grenzübergang in den Vordringlichen

Bedarf (mit besonderen naturschutzfachlichem Planungsauftrag) des Bundesverkehrswegeplans.

- Berlin - Angermünde - Stettin: Es haben 2003 Gespräche zwischen den Verkehrsministerien in Berlin und Warschau stattgefunden. Eine erforderliche Kosten-Nutzen-Untersuchung sowie eine Ausbaueinbarung mit Polen ist noch nicht abgeschlossen. Einen genauen Zeitplan für dieses Projekt gibt es derzeit nicht.
- Berlin- Frankfurt (Oder) - Warschau: Der Bauabschnitt Erkner - Frankfurt Oder wird bis 2005 fertig gestellt sein. Dadurch verkürzt sich die Reisezeit um 20 Minuten auf 42 Minuten. Bei ausreichender Finanzierung durch den Bund wird danach der zweite Bauabschnitt Berlin-Ostbahnhof - Erkner für 160 km/h ertüchtigt. Insgesamt würde sich dann die Fahrtzeit von Berlin - Frankfurt (Oder) auf 36 Minuten reduzieren.
- Einrichtung der 2.Tagesrandverbindung zwischen Stettin und Berlin.
- Mit Fertigstellung des Wasserstraßenkreuzes Magdeburg im Zuge des Verkehrsprojektes Deutsche Einheit Nr. 17 ("VP 17") hat sich das Binnengüteraufkommen sowohl nach und von Berlin als auch zum Weitertransport in die MOE-Staaten bereits deutlich erhöht.
- Aufnahme Stettins in den VBB-Tarif.

Weitere Prioritäten:

Die Partner der Wachstumsinitiative verfolgen im Bereich Verkehr u.a. als weitere Ziele:

- Erhöhung der Anzahl der Grenzübergänge
- Sechsspuriger Ausbau der A 12 nach Frankfurt (Oder)
- Ausbau der Bahnstrecke Berlin – Stettin auf 160 km/h
- Ausbau der Bahnstrecke Frankfurt (Oder) – Warschau auf 160 km/h
- Beschleunigte Fertigstellung des VP 17 sowie Vorantreiben des weiteren Ausbaus der Wasserwege in Richtung Polen
- Aufnahme grenzüberschreitender West-Ost Infrastrukturprojekte in das Programm „Transeuropäische Netze (TEN)“ der Europäischen Kommission

- Berlin ist ein Verkehrsknoten für die Region Berlin/Brandenburg. Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist für diesen Ballungsraum ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und darf nicht durch zusätzliche Einschränkungen - wie z.B. mangelnde Instandhaltungsmaßnahmen der Bezirke sowie die geplante Ausweitung von Tempo 30-Zonen auf Hauptverkehrsstraßen - belastet werden.

4.4. Ansiedlung internationaler und nationaler Institutionen/ Unternehmen/ Behörden

Formulierte Zielsetzung:

Berlin muss sich mit besonderem Nachdruck um die Ansiedlung weiterer internationaler und nationaler Unternehmen und Institutionen bemühen. Die Stadt muss in diesem Zusammenhang für den Umzug der restlichen Bundesministerien nach Berlin werben und verstärkt gezielt Unternehmen und Institutionen der Staaten Mittel- und Osteuropas ansprechen.

Bilanz:

Die **Ansiedlungsstrategie** von Berlin wurde an den vier definierten **Kompetenzfeldern** Kommunikation, Life Science, Industrie und Mobilität sowie Dienstleistungen ausgerichtet.

- Zum großen Feld **Kommunikation** gehört neben den klassischen Medien auch die kreative Szene in Berlin mit dem Modebereich und der Musikwirtschaft. Hier konnte Berlin in letzter Zeit wichtige Erfolge verbuchen. Beispielfhaft zu nennen sind die Ansiedlungen bzw. Investitionen von MTV, Axel Springer, vom Ullstein-Verlag, Universal oder die Modemesse Bread & Butter.
- Als weiteres Feld wurde **Industrie und Mobilität** definiert. Mit weit über 100.000 Beschäftigten ist Berlin auch ein großer Produktionsstandort. Bei der Mobilität steht die Hauptstadtregion stark im Fokus, also der engere Verflechtungsraum mit Brandenburg. Investitionsbeispiele sind Schindler, Connex, DHL, BMW, Rolls Royce.
- Das dritte der großen Kompetenzfelder ist **Life Sciences**, ein Segment, das unter dem Aspekt Zukunftstechnologie und Innovationskraft eine wichtige Schlüsselbranche in Berlin ist. Für Investitionen der letzten Zeit stehen beispielhaft die Firmen Helios, Parexel und Sanofi- Aventis.

- Der **Dienstleistungssektor** gehört zu den dominierenden Bereichen der Berliner Wirtschaft. Der Anteil an der Bruttowertschöpfung beträgt derzeit 81 Prozent. In den letzten 10 Jahren sind 150.000 neue Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich entstanden. Alleine in 158 Call Centern sind 11 000 Menschen beschäftigt. Jüngstes Ansiedlungsbeispiel ist BASF mit einem europäischen Dienstleistungszentrum.

Berlin Partner akquiriert potentielle Neuansiedlungen für Berlin weltweit. Die Auswahl der Region hängt vorrangig von der Branche ab. Verknüpft mit den Außenwirtschaftsaktivitäten von Berlin stehen die **mittel- und osteuropäischen Beitrittsstaaten** stark im Fokus, **Europa** insgesamt, **USA und Kanada** sowie die asiatischen Märkte mit **China, Japan und Korea**. Die meisten Ansiedlungen der letzten Zeit kommen aus Deutschland, den USA und UK.

Weitere Prioritäten:

- Mit dem Zusammenschluss der Wirtschaftsförderung Berlin International und Partner für Berlin hat die Stadt auf dem Weg zur Schaffung einer **zentralen Anlaufstelle für die Belange der Unternehmen** erneut einen großen Schritt getan. Ziel ist es, die wirtschaftlichen Aktivitäten zu optimieren, und eine noch bessere und abgestimmte Vermarktung der Hauptstadt und des Wirtschaftsstandortes zu gewährleisten. Die verschiedenen Aktivitäten werden künftig noch stärker miteinander verknüpft.
- Außerdem wird die **Zusammenarbeit mit Brandenburg** weiter ausgebaut. Die Länder lassen sich als Hauptstadtregion besser vermarkten. Die beiden Wirtschaftsförderungen haben Anfang 2005 eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet. Die Länder stimmen ihre Auslandsaktivitäten ab, präsentieren sich als eine gemeinsame Region auf Messen, produzieren gemeinsame Standortbroschüren. Der wichtigste Punkt aber ist, dass die direkte Ansiedlungsakquisition ebenfalls gemeinsam und abgestimmt realisiert wird. Auf einer gemeinsamen Sitzung der beiden Landeskabinette wurde beschlossen, ein institutionelles Zusammengehen der beiden Wirtschaftsfördereinrichtungen bis 2008 anzustreben.

4.5. Strategische Partnerschaften

Formulierte Zielsetzung:

Berlin muss systematisch internationale Wachstumsmärkte ermitteln und entsprechende strategische Partnerschaften eingehen.

Hier sind vor allem die Länder Mittel- und Osteuropas zu nennen, die für die Unternehmen aus Berlin und Brandenburg in den nächsten Jahren von besonderem Interesse sein werden. Insbesondere der Auf- und Ausbau einer strategischen Partnerschaft der Regionen Berlin-Brandenburg-Westpolen (Stettin, Posen, Breslau) ist anzustreben. Im Rahmen dieser Partnerschaften sind grenzüberschreitende Kooperationen zwischen Institutionen und Unternehmen beider Regionen verstärkt zu fördern.

Neben den MOE-Ländern sind aber auch China und Russland für die Unternehmen der Region bedeutende Zukunftsmärkte. In diesem Zusammenhang ist u.a. die Städtepartnerschaft Berlin-Moskau weiter auszubauen.

Für den Ausbau der internationalen Kontakte und strategischen Partnerschaften sind verstärkt die vorhandenen Potenziale von Bürgern ausländischer Herkunft in Berlin zu nutzen (z.B. Osteuropäer). Deren Sprachkompetenz und kulturelle Kompetenz ermöglichen einen einfacheren Zugang zu diesen neuen Märkten und bieten zudem eine Möglichkeit der verstärkten Integration dieser Menschen durch stärkere Einbindung.

Darüber hinaus muss es Ziel sein, den Standort „Berlin-Brandenburg“ insbesondere in den genannten Ländern und Wachstumsmärkten verstärkt zu bewerben, um Kooperationen und Ansiedlungen sowie Touristen aus diesen Regionen für Berlin-Brandenburg zu gewinnen.

Für diese „Werbung vor Ort“ ist u.a. die Einbindung von Unternehmen aus Berlin-Brandenburg zu prüfen („Netzwerk Berlin-Brandenburg International“).

Bilanz:

- Die Struktur der Wirtschaftsförderung bei Berlin Partner wurde dem **veränderten Informations- und Beratungsbedarf der Berliner Wirtschaft**

angepasst. Waren die Anfragen zu den neuen EU-Beitrittsländern früher eher allgemeiner Natur, so sind sie heute sehr viel detaillierter, sie sind verstärkt auf praktische Markteintrittsaktivitäten bezogen, und es wird mehr nach konkreten Brancheninformationen gefragt. Der Berliner Wirtschaft stehen **Branchenberater mit Schwerpunkt MOE** beratend und unterstützend zur Verfügung. Hervorzuheben ist die Marktkenntnis der Beraterinnen und Berater in den entsprechenden Ländern gepaart mit der Sprachkompetenz in den für Berlin wichtigen Ländern wie **Russland und Polen**.

- Projekte und Initiativen unterstützen die Unternehmen bei ihren Aktivitäten. Dazu gehört sowohl die Organisation von **Messegemeinschaftsständen** als auch die Durchführung von **Kooperationsbörsen**. Ein Projektbeispiel ist die gemeinsame Initiative **Unternehmernetzwerk** von IHK, Handwerkskammer und Berlin Partner. Mit dem Unternehmernetzwerk Europa soll kleinen und mittleren Unternehmen der Weg auf die Märkte der neuen Mitgliedsstaaten in **Mittel- und Osteuropa** erleichtert werden.
- Im September 2004 unterzeichnete der Regierende Bürgermeister mit den Stadtoberhäuptern von Paris, London und Moskau (sog. „M4“) eine Vereinbarung über die **Intensivierung der Zusammenarbeit auch im wirtschaftlichen Bereich**. Das nächste Treffen der M4 unter der Federführung von **Berlin und Moskau** ist für das erste Quartal 2006 geplant. Im Herbst ist eine Wirtschaftskonferenz zu zentralen Fragen der modernen Metropolen-Wirtschaft geplant. Hierbei sollen die Kontakte zwischen Unternehmen aus den vier Hauptstädten intensiviert werden. Aus dem Dialog zwischen der Berliner und der Moskauer Kammer haben sich vier Themen für die Konferenz herauskristallisiert: Gesundheitswirtschaft, Tourismus, Medien und Bauwirtschaft.
- Im Rahmen eines bilateralen Kooperationsabkommens zwischen dem chinesischen Eisenbahnministerium und dem Bundesministerium für Verkehr wurde in diesem Sommer die Einrichtung von Kooperationsbüros in den beiden Hauptstädten **Beijing und Berlin** vereinbart. Das chinesische Verbindungsbüro soll den gesamten EU-Raum abdecken. Damit festigt Berlin seine Bedeutung im Bereich **Bahntechnik** als eines der wesentlichen

europäischen Zentren und baut die Kompetenz weiter aus. Bereits jetzt zeichnet sich durch zahlreiche Anfragen ab, dass die europäische Vertretung eines der weltweit größten Bahntechnik-Kunden dem Cluster der Stadt neue Impulse geben wird. Des Weiteren ist festzustellen, dass die Berliner **Immobilienbranche** auf die speziellen Belange **chinesischer Investoren** reagiert hat, indem sie speziell zugeschnittene Angebote in sehr guten Lagen anbietet.

Weitere Prioritäten:

- Wichtig ist, zu möglichst vielen Unternehmen **Kontakte** zu pflegen. Das ist einerseits für das Ansiedlungsgeschäft von Bedeutung und spielt andererseits auch bei der Erschließung von Auslandsmärkten eine wichtige Rolle. Die neue Gesellschafterstruktur von Berlin Partner, bei der **55 Prozent der Gesellschaft bei Vertretern der privaten Wirtschaft** liegen, bietet hierfür optimale Voraussetzungen. Daneben hat Berlin Partner mit dem neuen Vorsitzenden des Aufsichtsrates **Rolf Eckrodt** einen hervorragend vernetzten und in Wirtschaftsfragen versierten Manager an der Spitze.
- Kooperationen gibt es mit **ausländischen Handelskammern, unternehmerischen Netzwerken und Verbänden**. Internationale tätige Unternehmen aus der Region informieren beispielsweise darüber, wenn sie von Verlagerungs- oder Erweiterungsabsichten anderer Unternehmen erfahren. Ziel ist, diese Zusammenarbeit mit den Unternehmen in der neuen Konstellation der **Verknüpfung von Unternehmensansiedlung, Außenwirtschaft und Standort-Marketing** unter dem Dach von Berlin Partner noch weiter ausbauen.